

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Bausen u. der Bürgermeisterei zu Bischofswerda u. Neukirch (L.) beiderseits bestimmte Blatt u. enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda u. and. Behörden.



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Man, in Bischofswerda. — Postcheck-Konto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Ercheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich RM. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 48 Rpf. Einzelnummer 10 Rpf. (Sonntagsnummer 18 Rpf.)

Verantwortlicher: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Beförderungseinrichtungen durch höhere Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 48 mm breite einpaltige Millimeterzeile 8 Rpf. Im Letztteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Rpf. Nachschlag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 6

Freitag, den 8. Januar 1937

92. Jahrgang

## Deutsche Antwort in der Spanienfrage

### Sämtliche Vorschläge für eine unumfassende Lösung der Nichteinmischungsfrage.

Berlin, 8. Januar. Wie wir erfahren, ist dem britischen u. französischen Botschafter am Donnerstag die Antwort der Reichsregierung auf die von ihnen vor kurzem übermittelten Vorschläge ihrer Regierungen hinsichtlich der Verhinderung des Zustroms von Freiwilligen nach Spanien mitgeteilt worden. Die Antwort der Reichsregierung ist im Benehmen mit der italienischen Regierung verfaßt worden, die gleichzeitig eine entsprechende Antwort erteilt.

Die deutsche Antwort hat folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung muß zunächst ihrem Besseren darüber Ausdruck geben, daß die Königlich britische und die französische Regierung es für nötig erachtet haben, neben dem Verfahren des Londoner Nichteinmischungsausschusses zum zweiten Male einen besonderen direkten Appell an andere, in diesem Ausschuss vertratene Regierungen zu richten. Die den Gegenstand dieses Appells bildende Frage des Verbots der Teilnahme fremder Freiwilliger an den Kämpfen in Spanien steht zur Zeit in dem Londoner Ausschuss zur Beratung. Es ist nicht abzusehen, inwiefern diese Beratungen durch die Methode derartigen besonderer diplomatischer Aktionen einzelner Regierungen gefördert werden könnten. Hält man aber das Verfahren in dem Ausschuss für die Beratung der spanischen Fragen nicht für ausreichend oder zweckmäßig, dann wäre es im Interesse der Klarheit und Einheitslichkeit der Behandlung dieser Fragen besser, auf eine Fortsetzung des Ausschussverfahrens überhaupt zu verzichten.

### Verwahrung gegen Verdächtigungen Deutschlands.

2. Die deutsche Regierung muß sich dagegen verwahren, daß durch den neuen Schritt der Königlich britischen und der französischen Regierung der Eindruck erweckt wird, als ob das Problem der fremden Freiwilligen im spanischen Bürgerkrieg von Deutschland verschuldet oder auch nur veranlaßt worden wäre. Sie stellt deshalb erneut fest, daß sie und die Königlich italienische Regierung es waren, die von Anfang an die Verhinderung der Ausreise von freiwilligen Teilnehmern an den spanischen Kämpfen gefordert haben und daß es andererseits die Königlich britische und die französische Regierung waren, die ein solches Verbot ablehnten.

### Eine notwendige Feststellung.

3. Die anfängliche Haltung der Königlich britischen und der französischen Regierung in dieser Frage ließ sich nur so erklären, daß beide Regierungen in dem Zustrom von Freiwilligen keine unzulässige Einmischung in die spanischen Angelegenheiten sehen wollten. Wenn die beiden Regierungen jetzt einen anderen Standpunkt einnehmen, so muß sich die deutsche Regierung ernstlich fragen, ob das vorgeschla-

gene Verbot im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht faktisch eine einseitige Begünstigung der die nationale spanische Regierung bekämpfenden Elemente zur Folge haben würde. Nach dem monatelang ungehinderten Zustrom bolschewistischer Elemente ist es in der Tat schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, daß das Verbot jetzt allein der bolschewistischen Partei in Spanien zugute kommen würde, die offenbar hinreichend mit fremden Freiwilligen ausgefüllt ist.

### Deutschlands Voraussetzungen.

4. Da aber die deutsche Regierung von Anfang an für die Verhinderung des Zustroms von Freiwilligen nach Spanien eingetreten ist, ist sie auch jetzt noch bereit, alle diesem Ziele dienenden Maßnahmen zu unterstützen. Sie muß dabei jedoch die Erwartung aussprechen, daß nun aber auch alle Möglichkeiten für eine direkte oder indirekte Einmischung in die spanischen Kämpfe ein für allemal ausgeschlossen werden. Deshalb macht sie ihre Zustimmung von der Voraussetzung abhängig, daß

- die anderen beteiligten Staaten sich zu der gleichen Haltung entschließen,
- an der Lösung der sonst noch mit der indirekten Einmischung zusammenhängenden Fragen unverzüglich in Angriff genommen wird, und
- alle beteiligten Regierungen einer unbedingt wirksamen, an Ort und Stelle durchzuführenden Kontrolle der zu verbotenen Verbote zustimmen.

Die deutsche Regierung wird ihren Vertreter in dem Londoner Ausschuss anweisen, auf dieser Grundlage die weiteren Verhandlungen zu führen. Sollte über die Verhinderung der anderen Formen der indirekten Einmischung eine Einigung nicht zu erzielen sein, so müßte sich die deutsche Regierung vorbehalten, auch ihre Stellungnahme zu der Frage der Freiwilligen erneut zu überprüfen.

Die beste Lösung des Freiwilligenproblems würde nach Ansicht der deutschen Regierung erreicht werden, wenn es sich ermöglichen ließe, alle nichtspanischen Teilnehmer an den Kämpfen, und zwar einschließlich der politischen Agitatoren und Propagandisten, aus Spanien zu entfernen, um so den Zustand vom August v. J. wiederherzustellen. Die deutsche Regierung würde es sehr begrüßen, wenn in dem Londoner Ausschuss sofort geprüft würde, in welcher Weise eine solche Maßnahme wirksam durchgeführt werden könnte. Sie ist ihrerseits bereit, hierbei in jeder Beziehung mitzuwirken.

### Auch Italiens Antwort überreicht.

#### Uebereinstimmung mit der deutschen Note.

Rom, 8. Januar. In der italienischen Antwort auf die englisch-französischen Vorschläge zur Freiwilligenfrage in Spanien, die am Donnerstag den Botschaftern Großbritanniens und Frankreichs überreicht wurde, wird zunächst darauf verwiesen, daß die Freiwilligenfrage zur Zuständigkeit des Londoner Nichteinmischungsausschusses gehöre. Es wird dann ausführlich auf die Bemühungen Italiens hingewiesen, den andauernden Zustrom von fremden Freiwilligen nach Spanien zu unterbinden und die ablehnende Haltung Englands und Frankreichs in dieser wichtigen Frage festzustellen.

In der Note heißt es dann: Der italienische Botschafter hat in der Sitzung vom 18. September eine Mitteilung übergeben, in welcher die dreitypischen Formen der Einmischung angegeben waren, die den Gegenstand gemeinsamer Abmachung hätten bilden sollen: Die Werbung Freiwilliger, die politischen Agitatoren, die finanziellen Unterstützungen. Aber die Frage konnte nicht vor dem 5. Oktober geprüft werden wegen der Gegnerschaft anderer Delegationen.

In dieser ihrer Aktion ging die italienische Regierung stets im Einverständnis mit der deutschen Regierung vor und die Stellung des italienischen und des deutschen Vertreters im Londoner Ausschuss hielten sich immer auf gleicher Linie.

Die britische und die französische Regierung waren in den verflochtenen Monaten nicht der Auffassung, daß der Zustrom von Freiwilligen als ein Akt unerlaubter Einmischung in die spanischen Angelegenheiten verboten werden müßte. Sie nehmen jetzt einen anderen Standpunkt ein und unterscheiden noch dessen Dringlichkeit.

Die italienische Regierung kann nicht umhin, hervorzuheben, daß bei der gegenwärtigen tatsächlichen Lage und

(Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

### Deutschland klärt auf.

Die deutsche Note an die Regierungen Englands und Frankreichs bringt wieder jene Klarheit in die spanischen Angelegenheiten, die man in den diplomatischen Gesprächen u. Zeitungsausschnitten des Auslandes zuletzt immer mehr vermied, die aber unerlässlich ist, wenn eine gerechte und ehrliche Regelung des Nichteinmischungsproblems überhaupt versucht werden soll. In diesem Sinne bedeutete gerade die Anfrage der englischen und französischen Regierung vom 26. Dezember eine Verwirrung des wahren Sachverhalts, sie war ein Manöver, offenbar dazu gedacht, Deutschland in Verlegenheit zu bringen, um die eigene Moral in um so hellerem Lichte erstrahlen zu lassen. Denn welche andere Deutung kann diesem ungewöhnlichen und erschaunlichen diplomatischen Vorgehen sonst gegeben werden? Warum richtet man zum zweiten Male außerhalb des dafür zuständigen Londoner Nichteinmischungsausschusses einen Appell an bestimmte Mächte, die Freiwilligenfrage zu liquidieren? Warum drängt man sich an anderen Mächten als Sondergarant auf und bringt seine Beschwerden, wenn man welche hat, nicht vor die Londoner Instanz? Wir können in der sonderbaren Handlungsweise vom 26. Dezember nichts anderes als das heuchlerische Verstecken der eigenen Schuld auf fremde Schultern abzuwälzen und zugleich den Kredit des Londoner Embargo-Ausschusses zu untergraben. Wenn man schon das Londoner Oremium nicht für fähig hält, bestimmte Einmischungsfragen zu erledigen, so sollte man auch ehrlich genug sein, dieses Experiment einer internationalen Vermittlungskommission ganz und gar aufzugeben. Im Gegensatz zu der Zweideutigkeit der englisch-französischen Anfrage bewegt sich das deutsche Schriftstück, das den beiden Botschaftern in Berlin überreicht wurde, nicht im leeren Raum der üblichen Propagandabläge, Verdächtigungen und lebensfremden Theorien, sondern es stützt sich auf feststehende Tatsachen, stellt die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten wieder her und leitet daraus praktische Vorschläge ab, die deshalb im Falle ihrer Annahme auch eine echte Neutralität, d. h. eine vollkommene Verhinderung jeder direkten und indirekten Einmischung gewährleisten können. Die Erhaltung des Friedens, nicht als selbstgefällige Phrase, sondern als realpolitisches Ziel, ist Sinn und Zweck der deutschen Antwort, die sich damit vornehmlich von allen jenen Konstruktionen unterscheidet, die anderswo zur Bemäntelung der eigenen Interventionslüste erfunden wurden. Weil es aber größtenteils im Ausland und auch in der englisch-französischen Anfrage so dargestellt wurde, als ob Deutschland vor allem schuld an der jetzigen unerfreulichen Lage sei, und als ob es allein von Deutschlands Haltung abhänge, wie sich der Krieg in und um Spanien künftig entwickle, deshalb ist es gut, noch einmal den historischen Vorgang in der Freiwilligenfrage ins Gedächtnis zurückzurufen.

Es war im August vorigen Jahres, als England und Frankreich eine Vereinbarung dahin trafen, die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien zu verbieten, sobald auch Italien, Portugal, Sowjetrußland und Deutschland dieser Vereinbarung zugestimmt hätten. Die deutsche Regierung antwortete darauf, daß sie auch ihrerseits bereit sei, ein solches Verbot zu erlassen unter der Voraussetzung, daß 1. das von den Madrider Machthabern festgehaltene deutsche Transportflugzeug freigegeben werde, und daß 2. alle Staaten mit bedeutender Kriegsindustrie sich in gleicher Weise binden und insbesondere die Lieferung durch private Firmen verbieten würden. Außerdem brachte die deutsche Regierung zum Ausdruck, daß es dringend erwünscht wäre, wenn die beteiligten Regierungen ihre Maßnahmen auf die Verhinderung der Ausreise von freiwilligen Teilnehmern an den spanischen Kämpfen ausdehnen würden. Dieser deutsche Vorschlag, der damals auch von Italien unterstützt wurde, stieß jedoch auf die kategorische Ablehnung der Engländer und Franzosen. Um nur alle Möglichkeiten der Friedenserhaltung auszuschöpfen, verhängte Deutschland trotzdem ein Waffenembargo gegenüber Spanien, und die anderen Länder schlossen sich an. Daß dieses Lieferungsverbot jedoch in vielen Ländern nur formeller Natur war, bewelpte die sowjetrussische und französische Geschäfte, Flugzeuge, Maschinengewehre und Panzerwagen, die heute fast ausschließlich die Bewaffnung der spanischen Bolschewisten bilden. Auch ist es im Verlaufe der Zeit klar geworden, warum man in Paris und London den deutschen Vorschlag einer totalen Verhinderung aller direkten und indirekten Einmischungsversuche, insbesondere aber den Plan eines Verbots von Freiwilligentransporten, nicht annahm. Denn

### Tageschau.

Die deutsche Antwort an England und Frankreich findet in der Londoner Presse eine verständnisvolle Beurteilung. Die „Daily Mail“ erklärt, die böswilligen Manöver Moskaus hätten den Abschluß eines echten und wirksamen Nichteinmischungsabkommens vereinfacht.

Auch die Pariser Presse beschäftigt sich ausführlich mit den Antworten Deutschlands und Italiens, wobei die in beiden Noten herausgestellte Forderung nach einer Gesamtlösung der Freiwilligenfrage und der verschiedenen Einmischungsmöglichkeiten unterstrichen wird.

Pariser Blätter berichten über neue englische Waffen- und Freiwilligentransporte für die Roten in Spanien.

Der Heresbericht des obersten Befehlshabers in Salamanca teilt mit, daß die nationalistischen Truppen am Donnerstag ihren Vormarsch an der Maediber Front fortsetzten.

Das englische Unterseeboot „X 1“, das mit einer Wasserabwehrung von 3000 Tonnen das größte jemals für die britische Flotte gebaute U-Boot ist, wird demnächst verschrottet, da es die geforderten Erwartungen nicht erfüllt hat.

Der Streik in der amerikanischen Autoindustrie greift weiter um sich.

\*) Ausführliches an anderer Stelle.